

Informationen zum Thema:



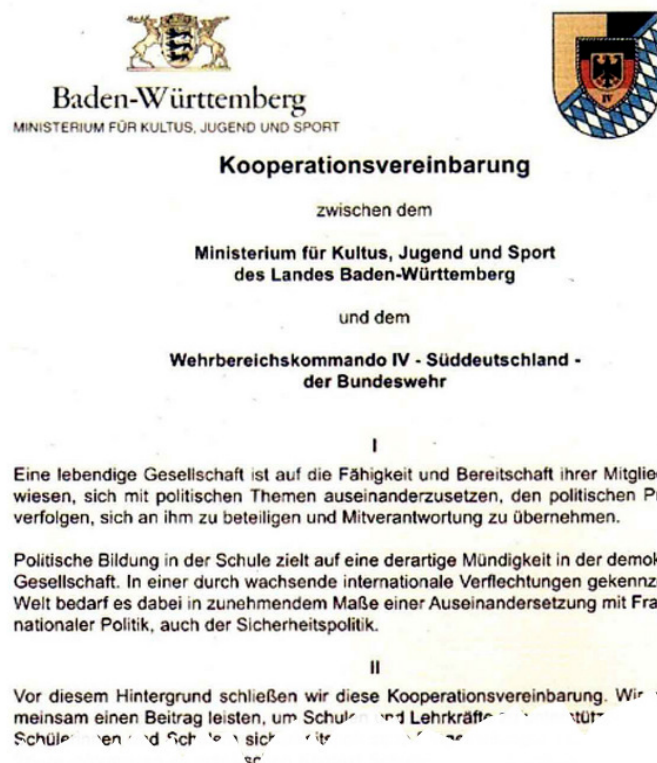
Bundeswehr raus aus der Schule!

Kooperationsabkommen der Bundeswehr mit Kultusministerien

Als vorläufig letztes Bundesland hat am 13. Juli 2010 Mecklenburg-Vorpommern eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr für den Einsatz von Jugendoffizieren im Schulbereich abgeschlossen. Vorangegangen waren bereits Baden-Württemberg, das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern und als bis zu diesem Zeitpunkt einziges SPD-geführtes Bundesland Rheinland-Pfalz.

Mit dem hessischen Kultusministerium besteht gegenwärtig noch keine derartige Vereinbarung über den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen. Wohl hatte sich aber 2003 die damalige Kultusministerin Karin Wolff im Rahmen einer Dienstversammlung der Leiter der staatlichen Schulämter dafür stark gemacht, die Öffentlichkeitsarbeiter der Armee verstärkt im Unterricht einzusetzen. Die Militärs revanchierten sich. 2007 erhielt Wolff die „Ehrenmedaille der Jugendoffiziere“ (vgl. IMI-Studie 2010/02).

Die Kooperationsvereinbarungen, die sich von Bundesland zu Bundesland inhaltlich nur wenig unterscheiden, umreißen zunächst allgemein die Aufgaben der Jugendoffiziere in den Schulen, um dann ein halbes Dutzend konkreter Aspekte einer Zusammenarbeit aufzulisten. Als Beispiel dient im Folgenden das Abkommen aus NRW:



„Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schülerinnen und Schülern Aufklärung und Informationen über sicherheitspolitische Fragestellungen zu ermöglichen.

Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden allgemeine Schulen der Sekundarstufe I und II und die Berufskollegs einbezogen.

Jugendoffiziere werben nicht für die Tätigkeit innerhalb der Bundeswehr.

Auf dieser Grundlage vereinbaren wir:

- *eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und der Rahmenvorgabe für politische Bildung.*
- *die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften.*
- *die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierungen bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.*

- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten, insbesondere im Amtsblatt und in den Onlinemedien des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Wehrbereichskommandos II.
- die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den jeweiligen Leiterinnen und Leitern der Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen oder eines von ihnen jeweils beauftragten Dezernenten.
- Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.“

(Quelle: Dt. Bundestag, Drucksache 17/1511 vom 23.4.2010)

Wehrdienstberatung an Schulen

Neben den 94 Jugendoffizieren setzt die Bundeswehr Wehrdienstberater ein, die ebenfalls nach Einladung durch die Schulleitungen vor allem an Berufs-, Haupt- und Realschulen auftreten. Wehrdienstberater informieren über die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr. Im Jahr 2009 haben Wehrdienstberater an bundesdeutschen Schulen 11.653 – im Jargon der Bundeswehr – „personalwerbliche“ Veranstaltungen durchgeführt, bei denen rund 290.000 Jugendliche erreicht werden konnten. (Quelle: BT-Drs. 17/715). Wehrdienstberater sind für die direkte Rekrutierung der Jugendlichen zuständig. *„Sie locken Jugendliche – auch an Schulen – über die Möglichkeiten bei der Bundeswehr ‚umsonst zu studieren‘, ‚Karriere zu machen‘ und ‚Kameradschaft zu erleben‘ an. Jugendoffizieren ist dieses direkte Rekrutieren – zumindest offiziell – verboten.“* Die Zusammenarbeit zwischen Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern ist aber eng. *„So kann der Jugendoffizier für eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber der Militärpolitik sorgen, der Wehrdienstberater gleich diejenigen abgreifen, die für diese Politik dann in den Krieg ziehen.“* (IMI-Fact-Sheet: Bundeswehr und Schulen)

Dass keine Werbung für die Bundeswehr durch Jugendoffiziere gemacht wird, wird in dem saarländischen und rheinland-pfälzischen Abkommen explizit nicht erwähnt. Ohnehin bezieht sich das erwähnte Werbeverbot nur auf die Tätigkeit der Jugendoffiziere. So genannte „Wehrdienstberater“ werben an bundesdeutschen Schulen auch offiziell für die Tätigkeiten bei der Bundeswehr (siehe Kasten).

Kooperationsvereinbarungen: warum jetzt?

Für die Jugendoffiziere, die es als Institution seit 1958 in der Bundeswehr gibt, sind Schulbesuche nichts Neues. Aber in der Vergangenheit gestaltete sich der militärische Besuch in den Schulen durchaus als schwierig. In seiner Dissertation an der Bundeswehrhochschule München über die „Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr“ resümiert der ehemalige Jugendoffizier Manfred Cassens die Situation in den 70er und 80er Jahren folgendermaßen:

„Der Alltag der Jugendoffiziere an den Schulen gestaltete sich trotz der mittlerweile guten Ausbildung schwierig. Dies lag zum einen an den Schülern, die mit ihren Reaktionsweisen die eigene Protesthaltung im Vergleich zu ihren Vorgängern während der ersten Krisenphase

Unterrichtsmaterialien „Frieden & Sicherheit“

2007 sind für bundesdeutsche Schulen mehr als 325.000 Schüler- und über 16.000 Lehrerhefte der Reihe „Frieden & Sicherheit“ bestellt worden. Arbeitsblätter, Schüler- und Lehrerhefte erscheinen regelmäßig neu. Zum Teil finanziert von der Bundesregierung arbeitet die herausgebende „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“ (ein FDP-naher Verein) eng mit dem fachlich beratenden Verteidigungsministerium zusammen. Laut Einschätzung der „Informationsstelle Militarisierung“ handelt es sich bei diesen Unterrichtsmaterialien um einen geschickten Versuch des Verteidigungsministeriums, um auf junge Menschen politisch Einfluss zu nehmen: *„Sie sind sehr gut aufbereitet und eine konkrete Kritik fällt schwer. Es werden keine direkten Falschaussagen getroffen, vielmehr wird vieles beschönigt, anderes verschärft und sehr viel Grundsätzliches ausgelassen. (...) Bedrohungen wie Terrorismus, zerfallende Staaten, der Klimawandel, Migration etc. (werden) als gegeben vorausgesetzt.“*

wesentlich emanzipierter demonstrierten und – was die negative Einstellung der Schüler erklärt – an den Lehrern, die, von der 68-er- Phase geprägt, ihren „Marsch durch die Institutionen fortsetzen“. Entsprechend vorbelastet war daher häufig die tägliche Arbeit der Jugendoffiziere an den Schulen. (...)

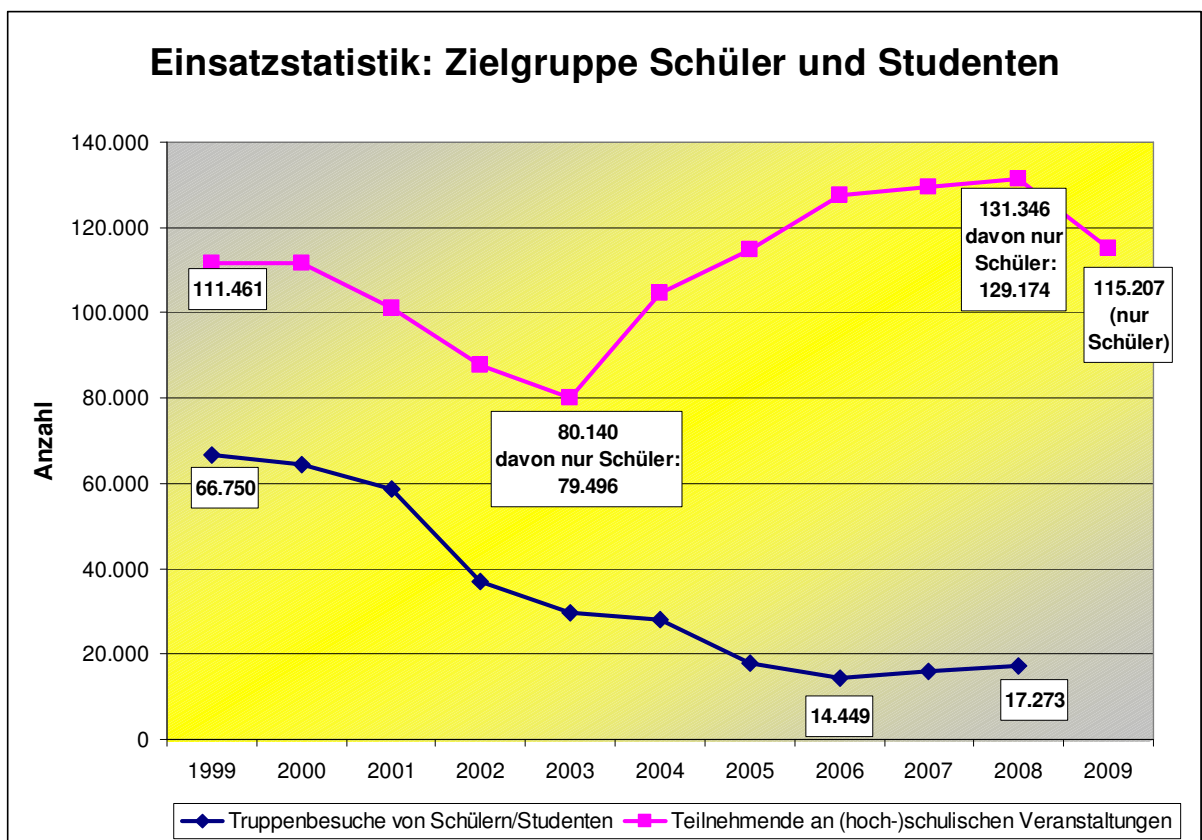
Die Anfragen der LehrerInnen an die Jugendoffiziere nahmen in diesen Jahren weiter ab. Die rückgängige Tendenz wird im Jahresbericht der Jugendoffiziere 1990 bestätigt: Die Einsätze reduzierten sich demnach um 24 % auf 321.000 erreichte Personen (1982 waren es noch 500.000). [...]

Die Jugendoffiziere stellten in ihrem Jahresbericht mit zunehmender Bildung der SchülerInnen eine abnehmende Akzeptanz der Wehrpflicht fest, die zum Denken über die vermeintliche Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und Zivildienst bei Abiturienten führte.“

Schülerzeitungen und andere Jugendmedien

Jährlich organisiert die Bundeswehr mehrere so genannte Jugendpressekongresse in ihren Liegenschaften, zu denen immer rund 130 RedakteurInnen von Schülerzeitungen eingeladen werden. Daneben schaltet die Bundeswehr Werbeanzeigen in Schülerzeitungen (vgl. IMI-Studie 2/2010).

Mit der Umstrukturierung der Bundeswehr von einer „Verteidigungsarmee“ zu einer „Armee im Einsatz“ seit den 1990er Jahre kamen noch weitere Probleme für die Öffentlichkeitsarbeit und die Nachwuchsgewinnung der Streitkräfte hinzu. Zum einen sinkt die Akzeptanz des Auslandseinsatzes der Bundeswehr. Gerade der Afghanistan-Einsatz ist in den neun Kriegsjahren von einem stark anwachsenden Anteil der Bevölkerung abgelehnt



Quellen: Dt. Bundestag, Drucksache 17/1511 sowie Bundesverteidigungsministerium (Hrsg.), Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2008. Der Rückgang im Jahr 2009 wird von der Bundesregierung auf nicht besetzte Jugendoffiziersstellen zurückgeführt.

worden; bis zu Zweidrittel der Bundesdeutschen sprachen sich in der Vergangenheit dagegen aus. Zum anderen muss sich das Militär auf die Zeit ohne allgemeine Wehrpflicht ab 2011 einstellen. Der erzwungene Dienst bei der Bundeswehr war bisher Voraussetzung für die „klassische“ Methode der Rekrutierung Jugendlicher für Auslandseinsätze: Denn diese Rekrutierungsvariante zielt auf die bei der Bundeswehr dienenden Wehrpflichtigen ab, die sich freiwillig weiterverpflichten müssen und sollen, um in Auslandseinsätze geschickt werden zu können.

Dazu kommt zum anderen noch ein organisatorisches Problem: Standortschließungen dünnten die Armee in der Fläche aus. Über das Instrument der Truppenbesuche – das Hauptbetätigungsfeld der etwa 300 nebenamtlichen Jugendoffiziere – in lokalen Kasernen waren immer weniger Schüler, sonstige Jugendliche und so genannte „Multiplikatoren“ zu erreichen. Die Zahl der Teilnehmenden an solchen Besuchen sank von jährlich knapp 105.000 (1999) auf unter 20.000 im Jahr 2008 ab. Wird nur die Zielgruppe der Schüler und Studierenden (letztere machen allerdings nur einen sehr geringen Prozentsatz in der folgenden Darstellung aus) betrachtet, dann zeigt sich deutlich, dass mit der Zunahme von

Veranstaltungen an Schulen (Vorträge und Podiumsdiskussionen), an denen Jugendoffiziere mitwirken, seit 2003 unter anderem die in den letzten 10 Jahren abnehmende Rolle von Truppenbesuchen kompensiert werden soll (siehe Grafik „Einsatzstatistik“).

In diesen Kontext reihen sich die Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultus- bzw. Bildungsministerien der Länder ein. In Nordrhein-Westfalen, wo bereits ein erster Bericht aufgrund des Kooperationsabkommens von 2008 vorliegt, konnten die Jugendoffiziere schon Erfolge vermelden:

„Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und der Bundeswehr hat sich bei der Arbeit der Jugendoffiziere als positiv erwiesen. Vor allem den Schulleitern nahm diese offizielle Billigung der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr einige anfängliche Bedenken.“ (BT-Drs. 17/1511, Anlage 17)

Die „Informationsstelle Militarisierung“ befürchtet sogar, dass die verabredete jährliche Berichterstattung dazu dienen könnte, Schulen aufzulisten, die nicht oder nur sehr unwillig mit den Jugendoffizieren kooperieren, um dann den Druck auf diese Schulen zu erhöhen.

Jugendoffiziere in der Schule: neutrale Experten?

Die Bundesregierung sieht durch den Einsatz von Jugendoffizieren eine einseitige politische Einflussnahme auf die Schülerinnen und Schüler als nicht gegeben an.

„Ihre umfassende Ausbildung und hauptsächliche Befassung mit Fragen der Sicherheitspolitik qualifizieren sie zu Experten für Fragen der Sicherheitspolitik. (...) Die Jugendoffiziere kommunizieren ihre Fachinhalte auf Grundlage des Beutelsbacher Konsenses und verfolgen damit einen ganzheitlichen und pluralistischen Bildungsansatz eines schüler- bzw. teilnehmerorientierten methodisch-didaktischen Vorgehens, der sich besonders des Kontroversitätsgebots und des Überwältigungsverbots verpflichtet fühlt. Insofern tragen die Jugendoffiziere der Bundeswehr durch ihre Arbeit als Mittler der Politischen Bildung im öffentlichen Auftrag den Grundprinzipien der Pluralität, Überparteilichkeit und Unabhängigkeit Rechnung.“ (BT-Drs. 17/1511)

Referendarsausbildung und Fortbildungen

Die Kooperationsvereinbarungen sehen durchgängig die Beteiligung von Jugendoffizieren an der Ausbildung von Referendaren und Referendarinnen und der Fortbildung von Lehrkräften vor. Vor allem für angehende Politik- und SozialkundelehrerInnen werden Seminare von Jugendoffizieren angeboten. Für die Bundeswehr – so die Einschätzung der „Informationsstelle Militarisierung“ – sind diese Seminare eine gute Gelegenheit, ihre Sichtweise der Welt in die Schule zu bringen, ohne dass dies den Betroffenen bewusst ist.

Die TeilnehmerInnenzahl bei im Durchschnitt mehrtägigen Seminaren mit Referendarinnen und Referendaren ist von einem relativ niedrigen Niveau in Höhe von 50 im Jahr 2003 auf 1.073 im Jahr 2009 stark angestiegen.

Im selben Zeitraum stieg die Anzahl der teilnehmenden Lehrer und Lehrerinnen von 2.499 auf 3.266 an (2008: 3.794). die durchschnittliche Seminardauer lag 2009 bei 4,56 Tagen (vgl. BT-Drs. 17/1511).

Planspiel POL&IS

Den Jugendoffizieren dient das bei Schülern, Studierenden und Lehrkräften beliebte Planungsspiel POL&IS („Politik und internationale Sicherheit“) häufig als Türöffner. POL&IS ist ein Simulationsspiel für SchülerInnen ab der 10. Klasse, bei dem anhand konkreter Beispiele weltweite Ressourcenkonflikte und Interventionsszenarien durchgespielt werden. 2008 wurde an über 2.000 Seminartagen mit rund 17.500 Schülerinnen und Schülern POL&IS 360 mal durchgespielt. Die inhaltlichen Grundbedingungen von POL&IS sind allerdings problematisch:

Das Spiel „nimmt eine dezidiert außenpolitische Perspektive ein. Der Einfluss innenpolitischer Interessen auf die Außenpolitik wird ausgeblendet. Damit vermittelt das Spiel nur die halbe politische Wahrheit. Denn ... der Einfluss innenpolitischer und nicht zuletzt ökonomischer Interessen auf die Außenpolitik ist enorm. Auch das Problem des Neokolonialismus in den ärmsten Ländern Afrikas und Lateinamerikas wird völlig außer Acht gelassen. Das Spiel geht von der Sicht westlicher Industrienationen auf die Welt aus. Die kapitalistische Wirtschaftsstruktur mit ihrer Wachstumsideologie wird nicht in Frage gestellt. Militärschläge erscheinen als gleichberechtigte Möglichkeit, politischen Einfluss auszuüben und das Wohlergehen des eigenen Landes zu mehren.“ (Ilka Hoffman: Mentale Aufrüstung.)

Allerdings stellt sich bereits im Zusammenhang mit den Kooperationsvereinbarungen die Frage, ob die Tätigkeit der Jugendoffiziere dem Prinzip des Kontroversitätsgebots entspricht. Denn schließlich sollen „Informationen zu nationalen Interessen“ in ihre Arbeit einbezogen werden. Dass es aber solche „nationalen Interessen“ überhaupt gibt und wie diese zu definieren sind, dürfte bereits in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden. Das Bundeswehr-Weißbuch 2006 benennt hier die Förderung des „freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes“ als ein Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Die Debatte um den Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler hat aber die Kontroversität einer solchen Definition im Handlungsfeld einer militärischen Außenpolitik nochmals handfest gezeigt.

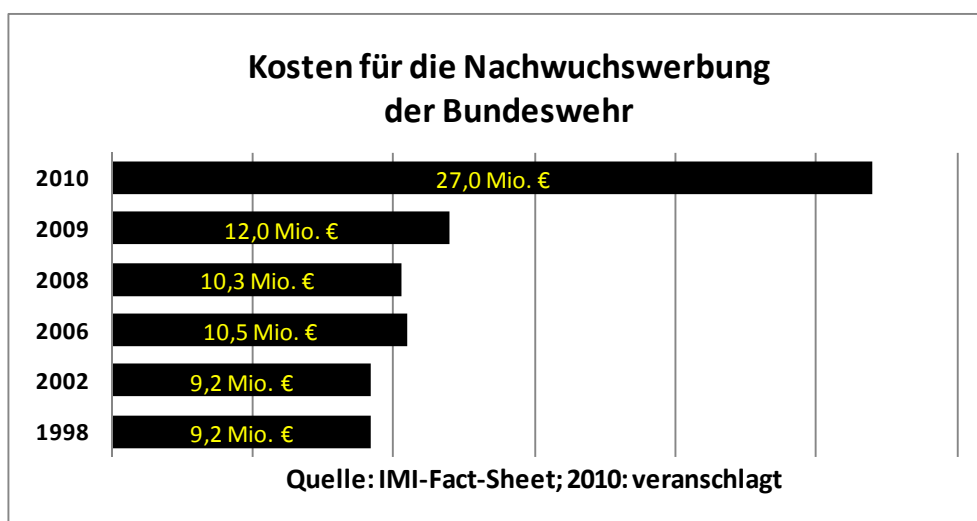
Manfred Cassens macht in seiner bereits erwähnten Dissertation deutlich, dass der Begriff der „Neutralität“ im Kontext der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr ein sehr weiter ist, wenn er folgende Ziele definiert:

„Für die Informationsarbeit der Bundeswehr sind über diese Überlegungen hinaus Dispositionsziele für externe Öffentlichkeiten zu definieren:

- Öffentliches Bewusstsein für den neuen Sicherheitsbegriff entwickeln.
- Den Sicherheitsbegriff als positiven Wert akzeptieren.
- Sich mit den neuen Aufgaben der Bundeswehr identifizieren.
- Die Institution Bundeswehr als notwendig betrachten“ (S. 151).

„Wünschenswert wäre im Sinne einer wehrhaften Demokratie im europäischen und transatlantischen Kontext, durch die Informationsarbeit der Bundeswehr die externe sicherheitspolitische Diskussion auf ein Niveau zu führen, das

- die Grundsatzfrage nach der Notwendigkeit von Streitkräften eindeutig bejaht,
- die Legitimität von Auslandseinsätzen aufgrund des erweiterten Sicherheitsbegriffs verdeutlicht und
- die Notwendigkeit steigender Professionalität der Soldaten erklärt“ (S. 155).



Gegenstrategien

Bremen hat bisher als einziges Bundesland die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit der Bundeswehr abgelehnt. In Hessen ist ein derartiger Schritt der Verweigerung wahrscheinlich nicht zu erwarten.

Die Abkommen führen aber naturgemäß nicht zu einer Pflicht für Lehrkräfte und Schulleitungen, Jugendoffiziere in den Unterricht einzuladen. Gegen faire Diskussionsveranstaltungen auch mit Bundeswehrangehörigen ist sicherlich nichts einzuwenden – gegen eine unmittelbare Einflussnahme auf Bildung und Ausbildung von Schülerinnen und Schülern und auch auf Lehrkräfte allerdings schon. Es spricht aber auch gegen die pädagogische Professionalität, kostenlose Angebote wie Rollenspiele und Unterrichtsmaterialien ungeprüft in Anspruch zu nehmen.

Es kann sinnvoll sein, sich auf den „Beutelsbacher Konsens“ zu beziehen, mit dem 1976 die Mindestanforderungen an die politische Bildung in und außerhalb der Schule festgelegt wurde. Demnach gelten in der politischen Bildung u.a. folgende Prinzipien:

- Überwältigungsverbot: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern“.
- Kontroversitätsgebot: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.“

Ob diese Prinzipien mit einem Besuch eines Jugendoffiziers im Unterricht vereinbar sind, muss als fraglich gelten – jedenfalls solange nicht in gleicher Weise gegenteilige Positionen im Unterricht dargestellt werden können.

Das Bildungsministerium in Rheinland-Pfalz hat angekündigt, mit Kirchen, Zivil-, Friedens- oder Entwicklungshilfediensten über entsprechende Kooperationsvereinbarungen Gespräche führen zu wollen,

um einen gleichberechtigten Beitrag im Unterricht sicherzustellen. Ob dies angesichts der umfangreichen personellen Möglichkeit der Bundeswehr tatsächlich gelingen kann, muss sich noch erweisen.

Gegen Wehrdienstberatungen und das Argument, dass sich auch andere Arbeitgeber an den Schulen vorstellen dürfen, bleibt darauf hinzuweisen, dass Soldat eben kein „normaler“ Beruf ist. Denn er ist verbunden mit dem Verzicht auf wesentliche Grundrechte, die freie Meinungs- und Willensbildung wird beschränkt, Gehorsamsverweigerung kann strafrechtlich verfolgt werden. Schließlich muss der Soldat damit leben, andere Menschen gegebenenfalls außerhalb von Notwehr- oder Nothilfesituationen zu töten oder selbst getötet zu werden.

Auch deshalb kann es Pädagoginnen und Pädagogen nicht egal sein, wenn vor dem Hintergrund der nachgewiesenen Chancenungleichheit aufgrund der sozialen Herkunft Schülerinnen und Schülern Bildungschancen vorenthalten werden und sich die Bundeswehr als Aus- und Weiterbildungsalternative anbietet. Vielmehr wäre sich dafür einzusetzen, dass alle Schülerinnen und Schüler Chancen auf die beste Ausbildung haben und nicht aus finanziellen Gründen auf den „Karriereweg“ Bundeswehr angewiesen sind.

Kommentierte Literatur

Aus Anlass verschiedenen Anfragen im Bundestag hat die Bundesregierung über die Tätigkeit der Bundeswehr an Schulen berichtet:

- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Drs. 16/8852, Informationsarbeit der Bundeswehr an Schulen, Antwort der Bundesregierung vom 21.4.2008; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608852.pdf>
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Drs. 17/715, Militäraufmärsche in der Öffentlichkeit und Reklameeinsätze der Bundeswehr, Antwort der Bundesregierung vom 11.02.2010; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/007/1700715.pdf>
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Drs. 17/1511, Jugendoffiziere der Bundeswehr, Antwort der Bundesregierung vom 23.4.2010; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701511.pdf> (Hier findet sich auch auf den S. 39 ff. eine Liste der bereits im April 2010 vereinbarten Vorträge und anderweitigen Veranstaltungen an Schulen für das Jahr 2010.)

Ob es erlaubt ist, an Schulen Informationsveranstaltungen zur Bundeswehr durchzuführen, hat der Abgeordnete Stefan Liebich (Linke) den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages beauftragt zu untersuchen:

- Tilman Hoppe (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages): Bundeswehr im Schulunterricht, Ausarbeitung vom 12. März 2010; <http://www.stefan-liebich.de/serveDocument.php?id=1292&file=4/7/e9c.pdf>

Einen Überblick über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr von den Anfängen des Amtes Blank bis 2005 gibt aus Sicht des Militärapparates der frühere Jugendoffizier Manfred Cassens.

- Manfred Cassens: Die Informationsarbeit der Bundeswehr in erziehungswissenschaftlicher Perspektive, München, Hochschule der Bundeswehr, März 2006; <http://137.193.200.7:8081/doc/86145/86145.pdf> (Online-Ressource)

Aus militärkritischer Sicht hat die Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen verschiedene Texte zur Tätigkeit von Jugendoffizieren und der Bundeswehr an Schulen im Internet veröffentlicht. Die Arbeitsgruppe Frieden (AGF) in Trier dokumentiert im Internet die öffentliche Auseinandersetzung um das Kooperationsabkommen in Rheinland-Pfalz.

- IMI Tübingen (Hrsg.): Fact-Sheet „Bundeswehr und Schulen“ (Stand Juli 2010); http://imi-online.de/download/factsheet_BW_Schule2010.pdf
- Michael Schulze von Glaube: Die Eroberung der Schulen - Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt, IMI-Studie 2010/02 vom 19.01.2010; http://imi-online.de/download/MSG_Jugendoffiziere_Studie.pdf
- AGF Trier: Sonderseite zur Kooperationsvereinbarung in Rheinland-Pfalz; <http://www.coolingstar.de/agf/content/sonderseite-zur-kooperationsvereinbarung-zwischen-bildungsministerium-und-bundeswehr>

Der Hauptvorstand der GEW hat sich im März 2010 unter der Überschrift „Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen“ mit dem Thema beschäftigt. Die entsprechenden Dokumente sind online abrufbar:

http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html

Darüber hinaus sind zum Thema in GEW-Periodika verschiedene Beiträge erschienen:

- Ilka Hoffmann: Mentale Aufrüstung – Zur Rolle der Bundeswehr in den Schulen, Erziehung und Wissenschaft, 2010, Nr. 5, S. 14 f.
- Tony Schwarz: Frontlinie Schule - Die Einflussnahme der Bundeswehr im Bildungsbereich wächst, HLZ Juli/August 2010; <http://www.gew-hessen.de>

